

G 8 - außer Spesen nichts gewesen

von

Heiner Flassbeck

WuM, Juli 2007

Drei Themen hatten sich die Großen Acht vor allem auf die Tagesordnung geschrieben: Klima, Afrika und globale Ungleichgewichte. Zu allen dreien haben wir nichts Neues gelernt. Das wäre vielleicht verkraftbar. Ärgerlich ist, dass man wiederum so getan hat, als würde man etwas tun wollen und viele es tatsächlich glauben. Das wird dazu führen, dass man auch beim nächsten Treffen wieder ähnlich aktiv sein kann und alles immer so weiter geht wie bisher.

Wo liegt das Problem? Nun, es liegt vor allem darin, dass sich die Spitzenpolitiker mehrere hochkomplexe Themen auf die Tagesordnung setzen und so tun, als seien sie in der Lage, innerhalb von ein paar Stunden die Weichen bei all diesen Themen in die richtige Richtung zu stellen. Als man mit solchen Gipfeln begann, war das noch anders. Damals ging es darum, ob Deutschland und Japan wegen ihrer Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem US Dollar aufwerten sollten und wie man das von Seiten der Regierungen am besten managt. Das war überschaubar und die Signale, die von den Gipfeln ausgingen, waren klar und beeinflussten die Märkte unmittelbar.

Heute, das muss man sich vorstellen, reden die Spitzenpolitiker darüber, ob sie sich darauf einigen können, die globale Temperatur im Jahr 2050 um zwei Grad Celsius im Vergleich zu einem Modell zu senken, das in sich selbst hoch komplex und hoch unsicher, vorhersagt, die Erwärmung werde 2050 4 Grad betragen, wenn man nichts tut. Was erwartet man angesichts dieser Ausgangslage anderes als vage Erklärungen, Absichtsbekundungen und den immerwährenden Versuch, den jeweils anderen die Hauptverantwortung zuzuschieben. Sobald es konkret wird, wird geblockt, weil keiner weiß, ob die Maßnahmen, die er unter Umständen ins Auge fasst, nicht von einem anderen unterlaufen wird, einschließlich derer, die nicht am Tisch sitzen.

Man nehme nur die wunderbare deutsche Art zu rechnen, wie die Klimakiller zwischen 1990 und 2020 deutlich reduziert werden sollen. Warum um Himmels willen beginnt man mit 1990? Warum nicht ab heute? Weil, wie inzwischen fast jeder weiß, die deutschen Emissionen mit dem Niedergang der Industrie in Ostdeutschland ganz ungeheuer sanken, und das wollen wir uns doch als gewaltige Umweltschutzanstrengung nicht nehmen lassen, ganz gleich, ob das heute noch irgendeine konkrete Bedeutung für den Klimawandel hat.

Oder Afrika. Der Kontinent besteht aus mehr als fünfzig souveränen Staaten, die sich erstens nicht ohne weiteres in ihre inneren Verhältnisse hineinreden lassen wollen, und zweitens völlig unterschiedliche Ausgangslagen und strukturelle Bedingungen aufweisen. Da gibt es Rohstoffexporteure, denen nichts Besseres passieren kann, als dass der globale Boom weitergeht, weil sie sich auf diese Weise selbst helfen können. Da gibt es aber auch Staaten, die abhängig von teurem Öl sind und selbst nur landwirtschaftliche Produkte auf den Weltmärkten anzubieten haben, die vielleicht nicht einmal dann wettbewerbsfähig produziert werden könnten, wenn Europa seine Agrarsubventionen massiv verringern würde. Da ist es schwer, einfache Rezepte zu finden.

Oder die globalen Ungleichgewichte im Handel. Heute sind sich nicht einmal die Ökonomen halbwegs darüber einig, ob das Defizit in der Leistungsbilanz der USA und die Überschüsse Chinas, Japans und Deutschlands überhaupt ein Problem sind. Zweitens gibt es, anders als in den 80er Jahren, einen gewaltigen Streit innerhalb der verschiedenen akademischen Richtungen der Ökonomie darum, mit welchen Mitteln man solche Ungleichgewichte angehen müsste, wenn sie denn ein Problem wären. Der Internationale Währungsfond sucht seit Jahren erfolglos nach einem Mechanismus, mit dem man auch hier die total unterschiedlichen Interessen wenigstens an einen Tisch bekommt. Wie sollten da die Regierungschefs auch nur die Andeutung einer Lösung finden.

Oder die Hedge Fonds. Keine Rede davon, dass es irgendwo eine einfache Lösung dafür gäbe, wie man mit diesen Monstern des internationalen Finanzbetriebes umgehen sollte, von den Interessen der Länder einmal ganz abgesehen, die sich besonders viele davon in ihr Land geholt haben. Selbst darüber, ob diese Fonds eine gute (Risikostreuung) oder böse Rolle (Kapitalfehlleitung durch Kurzfristinteresse) spielen, gibt es keine klare Meinung nirgendwo.

Was bleibt? Es bleibt das Bohren dicker Bretter in den internationalen Organisationen, die repräsentativer für die gesamte Welt sind, die Vereinten Nationen als vor allem. Kein Gipfel kann gerade in der globalisierten Wirtschaft die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen und Interessen auch kleiner und kleinster Staaten ersetzen. Das ist äußerst mühsam, wäre aber einfacher, wenn nicht gerade die großen Nationen die Vereinten Nationen so häufig blockieren würden, um der Organisation dann prompt Tatenlosigkeit vorzuwerfen.

Darüber hinaus bleibt die Fortsetzung der Auseinandersetzung in den verschiedenen Wissenschaften zur Klärung der Sachfragen der einzige Weg, um die Politiker unter Druck zu setzen, in den richtigen Gremien die richtigen und wichtigen Entscheidungen zu treffen. Das ist vielleicht das Entscheidende, wird aber doch massiv unterschätzt. Schaut man sich die Stellungnahmen von Nicht-Regierungsorganisationen oder den übrigen Protestierern in Heiligendamm an, dann muss man feststellen, dass in diesen Organisationen ein manchmal naiver Glaube an die „Demokratisierung“ besteht. Würde man nur alles irgendwie demokratischer machen, wäre fast alles gut. Dem ist aber nicht so. Nichts spricht dafür, dass demokratisch gewählte Regierungen oder demokratische organisierte Institutionen keine Fehler machen, nicht an die herrschende Lehre in der Ökonomie z. B. glauben oder nicht Einflüsterungen von Lobbygruppen unterliegen. Das ist zwar traurig, aber verflucht wahr.